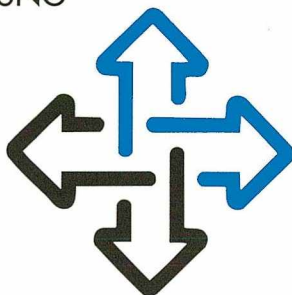


WAS ERWARTEN UNTERNEHMER VON POLITIKERN

Veranstaltung vom 20. Juni 1995

AARGAUISCHE STIFTUNG

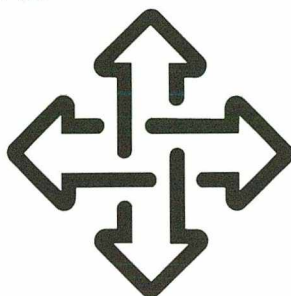


FÜR FREIHEIT
UND VERANTWORTUNG
IN POLITIK
UND WIRTSCHAFT

WAS ERWARTEN UNTERNEHMER VON POLITIKERN

Veranstaltung vom 20. Juni 1995

AARGAUISCHE STIFTUNG



FÜR FREIHEIT
UND VERANTWORTUNG
IN POLITIK
UND WIRTSCHAFT

Inhaltsverzeichnis	Seite
Einleitung	
Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates	3
Kurzvorträge	
• Theo Fischer, Nationalrat, SVP	6
• Josef Krummenacher, Direktor und Mitglied des Verwaltungsrates der Apparate und Werkzeugbau AG, Muri	10
• Ruth Humbel Näf, Grossrätin, CVP	16
• Dr. Hans-Peter Zehnder, Verwaltungsratspräsident der Zehnder Holding AG, Gränichen	22
• Dr. Daniel Heller, Grossrat, FDP	26
• Michael Pieper, Vorsitzender der Konzernleitung der Franke Holding AG, Aarburg	32
• Ulrich Giezendanner, Nationalrat, FPS	38
Schlusswort	
Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates	42

Einleitung

Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates

Weshalb organisiert unsere Stiftung eine Veranstaltung zum Thema «Was erwarten Unternehmer von Politikern?»

Wie alle 4 Jahre haben wir die Möglichkeit, im Herbst unser Parlament (National- und Ständerat) neu zu wählen. Häufig schütteln wir bei Parlamentsentscheiden den Kopf, weil wir nicht verstehen können, weshalb sich das Parlament als Ganzes bzw. der Parlamentarier X im speziellen anders entschieden haben, als wir dies getan hätten. Viele der von uns kritisierten Missstände führen wir auf Fehlentscheide des Parlamentes zurück. Dabei vergessen wir nur allzu schnell, dass wir die Parlamentarier gewählt haben, die über unser «Schicksal» entscheiden. Wie heisst es doch im Volksmund? «Jedes Volk hat das Parlament, das es verdient!»

Mit unserer Veranstaltung wollen wir einen Dialog zwischen Unternehmern und Politikern ermöglichen. Die Unternehmer sollen die Möglichkeit haben, den Politikern ihre Anliegen bzw. Erwartungen darzulegen. Die Politiker sollen die Möglichkeit haben, den Unternehmern und Wählern ihre Vorstellungen bzw. ihre Ziele des politischen Engagements zu präsentieren.

Welche Erwartungen hat nun die Stiftung an die Politiker? Eine Aufzählung fällt nicht schwer:

- *weniger Gesetze und Steuern*
- *bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft*
- *härteres Durchgreifen gegen Kriminelle*
- *konsequenter Vollzug der Gesetze*
- *usw.*

Das ist bewusst allgemein formuliert. Aus unserer Sicht ist die Grundhaltung entscheidend, wie ein politisches Mandat ausgeübt wird. Aus der Grundhaltung der Stiftung zu Freiheit, Verantwortung, Politik und Wirtschaft

möchte ich Verantwortung und Politik herausgreifen. Ich zitiere aus unserer Broschüre:

Verantwortung

Jeder Bürger – vor allem der Politiker und der Unternehmer – trägt zunächst Verantwortung gegenüber sich selber und seinem eigenen «Haus». Eigenverantwortung darf indessen nicht mit Eigennutz gleichgesetzt werden. Im Gegenteil: Wer sich nur vom eigenen Nutzen leiten lässt, wird oft verantwortungslos handeln. Verantwortung ist umfassend zu leben, also auch gegenüber dem Mitmenschen und unserer natürlichen Umwelt. Aus dieser Verantwortung wächst zudem die Verpflichtung zum Engagement im Dienste der Gemeinschaft, nicht zuletzt in Politik und Wirtschaft.

Politik

Wenn Politik nur konsumiert und nicht mitgestaltet wird, ist das Fundament unserer Demokratie morsch. Wir brauchen Männer und Frauen, die versuchen, in der Gemeinde, im Kanton oder auf eidgenössischer Ebene «der Stadt Bestes zu suchen». Nicht der Drang nach Prestige und Macht, sondern Sachkenntnis, Mut und Wille zum Dienen sind unerlässliche Voraussetzungen für politische Mandatsträger auf allen Ebenen unseres Bundesstaates. Sie bieten auch die beste Gewähr für die Stärkung unseres Miliz-Parlamentes.

Damit möchte ich zu den Kurzvorträgen überleiten, in denen uns von kompetenter Seite die Vorstellungen und Erwartungen präsentiert werden. Wir haben von den vier grossen bürgerlichen Parteien je einen Vertreter als Referenten eingeladen, und zwar zwei bisherige Nationalräte und zwei Kandidaten. Ich begrüsse unter uns:

- Frau Ruth Humbel Näf, Grossrätin, CVP, und
- Dr. Daniel Heller, Grossrat, FDP,

als Kandidaten und

- Herrn Theo Fischer, Nationalrat, SVP, und
- Herrn Ulrich Giezendanner, Nationalrat, FPS.

Die Unternehmerseite wird von

- Herrn Josef Krummenacher, Direktor und Mitglied des Verwaltungsrates der Apparate und Werkzeugbau AG, Muri,
- Dr. Hans-Peter Zehnder, Verwaltungsratspräsident der Zehnder Holding AG, Gränichen, und
- Herrn Michael Pieper, Vorsitzender der Konzernleitung der Franke Holding AG, Aarburg,

vertreten.

Kurzvortrag von Theo Fischer, Nationalrat (SVP), Hägglingen

Ich will drei Themen anschneiden, die in der nächsten Legislatur von zentraler Bedeutung sind:

- *Staatsfinanzen*
- *Steuerbelastung der Unternehmen*
- *Verhältnis Europa*

Innert nur weniger Jahre hat sich die Staatsschuld des Bundes verdoppelt, bald wird die 90-Milliarden-Grenze überschritten. Das Ausgabenwachstum hält trotz korrigierten Finanzplänen an und ist auch für die nächsten Jahre vorprogrammiert. Als Beispiel das Budget 1996: Budgetweisungen des Bundesrates: 4,5 % nominales Wachstum (prognostiziertes Wirtschaftswachstum 2,5 % und 2 % Teuerung). Die Eingaben der Verwaltung betragen jedoch 8 %. Ziel einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik ist es, die Ausgaben nicht stärker anwachsen zu lassen als das Bruttoinlandprodukt.

Ein weiteres Anwachsen hat fatale Auswirkungen auf den Finanz- und Werkplatz Schweiz. Stichworte: Zinsanstieg, Verlust des internationalen Vertrauens in unsere Stabilität, Verlust des finanzpolitischen Handlungsspielraums. Eine Umkehr in der Ausgabenpolitik ist zudem unumgänglich, weil die angehäuften Fehlbeträge auch einmal wieder abzubauen sind. Mit dem hohen Zinsendienst werden Mittel absorbiert, die sonst für andere Aufgaben, z.B. zukunftsgerichtete Investitionen, zur Verfügung stehen würden.

Die Zeit der Sanierungsprogramme nach dem Muster der letzten Jahre mit der jeweils angekündigten Opfersymmetrie unter allen Departementen, wobei man immer die gleichen Bereiche ausgeklammert hat, ist vorbei. Hauptträger der Sanierungsprogramme war immer die Investitionsseite, die Konsumseite wurde geschont. Eine Verzichtsplannung ist unumgänglich. Sie ist zu verknüpfen mit der Frage: Welchen Staat wollen wir? Dies ist eine politische Frage, bei deren Beantwortung der Gesamtbundesrat die Führung zu übernehmen hat. Ob er dazu in der Lage ist, steht auf einem anderen Blatt geschrieben.

Es sind einige grundlegende Reformen einzuleiten. Unter anderem sind neue finanzpolitische Instrumente nötig, z.B. braucht es nicht nur eine Ausgabenbremse, sondern auch eine Schuldenbremse.

Aber auch der ganze Transferbereich ist auf eine neue Grundlage zu stellen. Der gegenwärtige Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen bringt sehr viele Reibungsverluste und einen grossen Verwaltungsaufwand. Es ist eine Verlagerung vom indirekten Finanzausgleich (zweckgebundene) zum direkten (für die Kantone frei verfügbare Beiträge) anzustreben.

Wenn Aufgaben nach unten verschoben werden, so hat damit auch eine Entflechtung der Verantwortlichkeiten und ein Abbau der vom Bund vorgeschriebenen Standards einherzugehen.

Der Verwaltungsaufwand ist zu straffen durch Abbau von Vorschriften und Kontrollmechanismen. Der Abbau des Personals ist verbindlich festzuschreiben, indem jedes Jahr während einer längeren Dauer der Personalbestand mit einer festen Quote zwingend abzubauen ist. Überflüssige Bundesämter sind aufzuheben, andere sind zu privatisieren oder teilzuprivatisieren. Auch die staatlichen Monopole sind abzubauen, z.B. im ganzen Telekommunikationsbereich. Die Gefahr ist gross, dass die Schweiz den Einstieg in das neue Telekommunikationszeitalter verschläft, z.B. wegen der Gewerkschaften, die unter allen Umständen das Beamtenstatut retten wollen.

Die Sanierung des Bundeshaushaltes hat ohne Steuererhöhung zu geschehen. Für die Sanierung der SBB und die Finanzierung der Infrastrukturaufgaben des öffentlichen und des Individualverkehrs sind neue Wege zu suchen, z.B. in Form von Fondslösungen. Die Steuerbelastung und die Steuerquote sind heute noch unter dem Durchschnitt der meisten Industrieländer. Der Standortvorteil der günstigen Steuern ist unter allen Umständen zu erhalten. Eine weitere Verlagerung von den direkten zu den indirekten Steuern ist voranzutreiben.

Einige wettbewerbsfördernde Vorlagen wurden und werden noch in dieser Legislatur verabschiedet, wobei die gewerblichen Anliegen nach meinem Empfinden zu kurz kommen und auch falsch gewichtet wurden. Diese Libe-

ralisierungsschritte genügen jedoch nicht für die Steigerung der Attraktivität des Standortes Schweiz. Es braucht zusätzlich eine umfassende Revision der Unternehmensbesteuerung. Unsere steuerpolitischen Rahmenbedingungen gefährden immer mehr den Finanz- und Werkplatz Schweiz. Das steuerliche Umfeld für Unternehmen hat sich in zahlreichen Industriestaaten verbessert. Statistiken zeigen, dass vor allem Finanz- und Holdinggesellschaften Kapital an das Ausland zurückzahlen. Dies ist vorab auf die Mutter-Tochter-Richtlinie der EU zurückzuführen. Die Schweiz muss das Steuerrecht dem neuen internationalen Recht anpassen, z.B. Reduktion der Emissionsabgabe, Verbesserung des Holdingstatuts, Möglichkeiten der steuerneutralen Umstrukturierung über die Grenze, Beseitigung der Doppelbesteuerung von Aktionären und Aktiengesellschaft.

Als letztes:

Es gilt Abstand zu nehmen vom Gedanken eines baldigen EU-Beitritts. Die ganze Diskussion über einen allfälligen EU-Beitritt verunsichert die Bürger, die Unternehmen, aber auch unsere europäischen Partner. Eine vertiefte Zusammenarbeit mit der EU ist politisch nur möglich auf der Basis von bilateralen Abkommen. Dies entspricht auch dem Volkswillen, wie er mit dem Nein zum EWR zum Ausdruck gekommen ist. Die vorhandenen Chancen sind zu nutzen und nicht ständig zu verschlechtern durch unüberlegte Aktionen und Massnahmen, wie dies z.B. die Annahme der Alpeninitiative eine darstellt.

Bei der Umsetzung dieser bilateralen Abmachung ist darauf zu achten, dass nicht neue regulierende Vorschriften in unsere Gesetzgebung aufgenommen werden, wie dies bei der Swisslex-Übung der Fall war. Sicher ist eine Harmonisierung unseres Rechtes mit unseren europäischen Nachbarn anzustreben. Die Gefahr besteht jedoch, dass damit neue Regulierungen geschaffen und dem schweizerischen Recht fremde Elemente eingefügt werden. Die EU mit ihrem Streben, alles und jedes zu reglementieren, kann für unsere Rechtssetzung nicht als Vorbild dienen. Unser Land sollte weiterhin eine freiheitlichere Rechtsordnung aufweisen als die EU. Auch das gehört zu den Standortvorteilen unseres Landes. Neu stehen wir nämlich immer mehr in Konkurrenz mit den aufstrebenden Staaten des Fernen Ostens. Hier liegen auch die Zukunftsmärkte. Deren Rechtsordnungen sind

viel freier als die europäischen. Dies ist auch ein Grund für den kometenhaften Aufschwung dieses Wirtschaftsraumes. Darum keine Gleichmacherei mit der EU, sondern Konkurrenz zwischen verschiedenen Rechts- und Wirtschaftssystemen.

Kurzvortrag von Josef Krummenacher, Direktor und Mitglied des Verwaltungsrates der Apparate und Werkzeugbau AG, Muri

Es freut mich, dass ich vor so vielen Kandidatinnen und Kandidaten die Erwartungen der Unternehmer unterbreiten darf.

In der Hoffnung, Ihnen unsere Probleme etwas näherzubringen und Sie als Anwälte für unsere Anliegen zu gewinnen, mache ich dies gerne.

Es geht nicht um die Unternehmer, sondern um die Arbeitsplätze!

Zu meiner Person

- *Auf dem Berufsbildungsweg vom Werkzeugmacher über die Technikerschule habe ich mich weitergebildet und bin heute Leiter von 3 Firmen*
- *Wir beschäftigen 180 Berufsleute*
- *davon 30 Lehrlinge*
- *Wir produzieren Investitionsgüter für 40 Mio. Franken pro Jahr*
- *80 % werden exportiert in die ganze Welt, ausser nach Japan*

Meine Nebenjobs sind:

- *Präsident der AIHK Regionalgruppe Freiamt*
- *Mitglied der Berufsbildungskommission*
- *Mitglied des Berufsschulvorstandes in Wohlen*
- *Politisch bin ich bei der FDP, weil ich nur die Politik vertreten kann, die ich lebe!*

Was erwarten die Unternehmer von den Politikern?

Es gibt nicht **die Unternehmer!**

Wir haben eine **Vielfalt von Unternehmern.**

Es gibt:

- *kleine, mittlere und grosse Unternehmen*
- *Unternehmen mit viel und wenig Arbeitsplätzen*
- *Unternehmen mit grossem und kleinem Exportanteil*
- *gesunde und kranke Unternehmen*
- *usw.*

Ich kann Ihnen einige Probleme eines gesunden Unternehmens mit grossem Exportanteil und mit personalintensiver Produktion schildern.

In den 5 Minuten kann ich aber nur ein paar Probleme streifen!

Wo sind unsere zukünftigen Märkte und Konkurrenten zu suchen?

Bei globaler Betrachtung stellen wir fest, dass diese **nicht etwa in der EU** oder in den **USA** sind.

(Wenn Sie z.B. die «**Frankfurter Allgemeine**» lesen, dann staunen Sie, wie viele Firmen die **EU verlassen**, weil die **Sozialkosten zu hoch sind!**)

Es sind: – Asien (China, Indien, Taiwan, Korea usw.)
aber auch: – Süd- und Mittelamerika zählen dazu
 sowie die benachbarten Oststaaten

Die Löhne in diesen Ländern sind 30 bis 100 Mal tiefer als bei uns!

Noch ist deren Leistung und Qualität nicht gut genug, aber die Leute lernen sehr schnell! (**Jeder 3. Ingenieur auf der Welt ist Inder!**)

Dazu kommt, dass der **Know-how-Transfer** im EDV-Zeitalter viel **einfacher** und **schneller vollzogen werden kann**.

Nach dem Motto: Wissen wo!, nicht
 Wissen wie!

Es genügt meiner Meinung **nicht mehr**, wenn wir uns **auf** unsere **Stärken konzentrieren!**

Wir müssen die **Hindernisse** (Schwächen) **abbauen**, welche uns **gegenüber** den **Konkurrenten** stark **benachteiligen!**

Nach den heutigen Rahmenbedingungen müssen **zu viele** Gemeinkosten (**Steuern** – Sozialkosten – usw.) auf die **Produkte** geschlagen werden!

Zu grosse Verwaltungen mit zu vielen Beamten verursachen hohe Kosten!

Wenn wir nur die Herstellkosten verrechnen, sind wir konkurrenzfähig!

Leistung wird immer bezahlt, dann hat der **Kunde** einen **Gegenwert!**

Wir müssen uns anstrengen, um zu überleben.

Durch die zunehmende **Innovationsgeschwindigkeit verlangt der Markt** heute **äusserste Flexibilität**.

D.h. Die Produktlebenszyklen werden immer kürzer!

Es müssen in kürzester Zeit neue Produkte entwickelt werden.

Wir haben **einen Käufermarkt**, der **Käufer bestimmt**.

Die **Zeiten sind vorbei**, wo der **Hersteller/Verkäufer bestimmen konnte**.

Qualität und **Präzision** sind nach wie vor **sehr wichtig**, dafür haben **wir das Know-how**.

Die **Preise** müssen **konkurrenzfähig** sein und dem Gegenwert entsprechen.

Die **Währungsschwankungen allgemein**, aber speziell der **tiefe Dollarkurs** machen **uns grosse Probleme**.

Ausser **Qualität** und **Preis** ist der **Faktor Zeit** sehr wichtig geworden.

Der Kunde bestimmt über die Zeit!

Wir müssen **die Arbeiten dann ausführen**, wenn der **Kunde bestellt**.

Nicht mehr der Grössere, sondern der Schnellere erhält den **Auftrag**.

Wir müssen flexibler und billiger werden, aber wie?

Lohnkosten senken = Produktionsstunden erhöhen!

Das Jahr hat 8760 Stunden
42 Stunden/Woche 1800 Stunden

20 % Nutzung im Normallohn

80 % Nutzung **mit Sonderlohn, wenn überhaupt.**

Die **Lösung liegt darin**, dass die **Maschinen** und **Anlagen möglichst ohne Personal** in den 80 % produzieren, wo diese sonst stehen würden!

D.h.: **Die Berufsleute müssen** in der **Lage sein**, die **Anlagen** so zu **programmieren**, dass die **autonome Laufzeit möglichst lange dauert.**

Was heisst das?

Es ist ganz einfach: **Automatisierung** statt **manuelle Arbeit!**
Oder **Schichtarbeit ohne Zulagen; als einzige Alternative.**

Berufslehre

Die **Berufsleute** sind **die Basis** eines **jeden Unternehmens!**

Ohne Berufsmittelstand können **Industrie** und **Gewerbe nicht überleben!**

Es genügt nicht, wenn die Zeitungen vollgeschrieben werden über die **Berufsmatura.**

Die **Signalwirkung war aber falsch**; denn nur 5 % besuchen die **Berufsmatura (sie bleiben nicht auf dem Beruf)!**

Die **Berufsmatura** ist **zweifelloos etwas Gutes**, aber über die **95 % Berufsleute**, welche auf dem **Beruf bleiben**, wurde **nichts** geschrieben.

Die Bedeutung der Berufsleute, welche auf dem gelernten Beruf arbeiten, und somit die Berufsbildung als solches, wurde bis heute unterschätzt.

Ich konnte **keine Politiker finden**, welche sich als Gegengewicht für die Berufsausbildung eingesetzt haben.

Bildung

Für die Berufsbildung wäre es **von Vorteil**, wenn die **1. Fremdsprache Englisch wäre**, denn die **Leute** arbeiten schon **in der Lehre** an den **Computern** und diese verstehen kein Französisch.

Englisch ist **weltweit** die **Business-Sprache**, und **dies gilt auch** für den **Tessiner** und für die **Welschen**.

Wir erwarten von Ihnen, geschätzte Damen und Herren:

1. Dass **Sie sich für die freie Marktwirtschaft einsetzen**.
Wenn die **Abgaben über 50%** steigen, haben wir eine **Staatwirtschaft und keine Marktwirtschaft mehr!**
2. **Verlangen Sie bitte** bei jedem Gesetz die Folgekosten, dann werden Sie sehr bald feststellen, dass es nicht mehr so weitergeht. (Es ist schon zu weit!)
Also müssen **Entscheide** getroffen werden, wo Einsparungen ermöglicht werden. Steuern senken!
3. **Lockern Sie bitte die Rahmenbedingungen**. Wir müssen **flexibler werden auch in Arbeitsbedingungen**. Reduktion von Beamten!
Durch verkürzte Bewilligungsverfahren helfen Sie den Unternehmern und sparen gleichzeitig Kosten bei der Verwaltung.
4. **Setzen Sie sich bitte für die Berufsbildung ein, dann sichern Sie den Wohlstand!**
Die Kosten sind **im Vergleich** zu den **Akademiker-Ausbildungen** **verschwindend klein**.

5. Setzen Sie sich bitte für die Eigenverantwortung ein. (Gegen Subventionen)

Gesunde Unternehmer werden durch Hilfe an kranke Wettbewerber gefährdet!

Zum Schluss bitte ich Sie:

- **Sagen Sie bitte im Wahlkampf genau, welche Interessen Sie vertreten wollen.**
- **Lösen Sie bitte Ihre Versprechen nach der Wahl ein.**
- **Vertreten Sie bitte klare Positionen der freien Marktwirtschaft, nicht Kompromisse!**
- Dann werden Sie wieder von uns gewählt.

Kurzvortrag von Ruth Humbel Näf, Grossrätin (CVP), Birmenstorf

«Deregulierung» und «Weg von der Giesskanne!» – zwei Schlagwortforderungen und ihre Verwirklichung.

Wer aktuelle politische Diskussionen verfolgt, kann leicht feststellen, wie gegenwärtig immer wieder zwei Schlagwörter fallen: «Deregulierung» und «Weg von der Giesskanne!» Beides sind Notrufe aus verzweifeltten Versuchen heraus, komplexe Realitäten zu reduzieren – gewissermassen Schwerthiebe, welche die gordischen Knoten der modernen Zeit durchtrennen sollen.

Aber Verzweiflung ist in der Politik ein schlechter Ratgeber. Sie führt nicht zu rationalen Lösungen. So sind denn die beiden so oft gehörten und immer wieder miteinander verbundenen Schlagwörter schon für sich genommen ein Widerspruch in sich selbst. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. Einige werde ich Ihnen im folgenden vorführen.

Beide Forderungen drücken zwar – hier noch durchaus miteinander zu verbinden – den gemeinsamen Grundgedanken aus, staatliche Interventionen seien für viele unserer Probleme verantwortlich. Doch gerade diese Grundabsicht, staatliche Interventionen auf ein Minimum zu beschränken, steht wiederum häufig im Widerspruch zu den beiden eben gehörten Forderungen.

Die auf das erste Zuhören hin ja durchaus einleuchtende Polemik gegen das Giesskannenprinzip lässt viele allzuoft vergessen, dass bessere Mechanismen zahlreiche Bestimmungen für Einzelfälle erfordern. Dies bedeutet nichts anderes als die Notwendigkeit einer geschickteren und intelligenteren Legiferierung, welche nicht alles über einen Leisten schlägt. Ohne zusätzliche öffentliche und staatliche Anstrengungen sind hier aber keine Erfolge zu erzielen. Sie sehen: Wer gegen das Giesskannenprinzip vorgehen will, kommt nicht ohne Regulierung und staatliche Intervention aus.

Als Beispiel sei das neue Krankenversicherungsgesetz erwähnt. Ab dem 1. Januar 1996 fliessen die Bundessubventionen nicht mehr generell via

Krankenkassen zu den Versicherten, sondern die Kantone müssen die Mittel den Versicherten in wirtschaftlich schwachen Verhältnissen zukommen lassen. Die Kantone haben den Vollzug zu übernehmen und eine kantonale Anschlussgesetzgebung zu erlassen. Das neue Krankenversicherungsgesetz wird der Forderung «Weg von der Giesskanne – hin zu gezielten Subventionen» weitgehend gerecht. Die Regelungsdichte wird in diesem Beispiel indes eindeutig grösser, und dies ist auch durchaus sinnvoll.

Zur Forderung nach Deregulierung ist zu sagen, dass sie auf den ersten Blick hin viel für sich hat. Auch ich bin der Meinung, dass in verschiedenen Bereichen ein Abbau der Regelungsdichte sinnvoll, ja nötig und richtig ist. Ich denke hier an eine Reihe von Vorschriften, die offensichtlich veraltet sind und zu administrativen Unverhältnismässigkeiten, manchmal gar zu eigentlichen Schikanen für Bürgerinnen und Bürger führen.

In diesem Zusammenhang ist übrigens auch an eine gewisse Einschränkung von tradierten und zum Teil nur noch den leeren Namen führenden «Volksrechten» oder von überkommenen Beschwerdemöglichkeiten zu denken. Allzuoft führen heute nämlich gewisse unserer ausgebauten demokratischen Instrumente zum Gegenteil dessen, wofür sie gedacht waren, nämlich zu einer Einschränkung der Freiheiten und Rechte sowie zu einer Behinderung unserer Wirtschaft. Ein gutes Beispiel sind die zu detaillierten Vorschriften und teilweise nur zu administrativen Schikanen führenden Beschwerderechte in Baubewilligungsverfahren.

Einschränkend festzuhalten ist freilich, dass Deregulierungsmassnahmen nicht ohne Berücksichtigung grösserer Zusammenhänge realisiert werden dürfen. Ich möchte hier insbesondere darauf hinweisen, wie wichtig es ist, Deregulierungsmassnahmen auf ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen hin zu überprüfen.

Ich habe vor allem aber dann Mühe mit der Forderung nach Deregulierung, wenn sie ohne jeden Bezug zu Inhalten vorgetragen wird und nichts anderes ist als ein politisches Credo, ein Blankoschein, der vom Denken und von der Verantwortung entbinden soll.

Statt von Deregulierung möchte ich lieber von mehr Qualität statt Quantität in der Gesetzgebung sprechen. Mit mehr Qualität meine ich nicht einen

Gesetzesperfektionismus. Wir müssen uns bewusst sein, dass Gesetze von Menschen für Menschen geschaffen sind und von Menschen vollzogen werden müssen. Es muss dort legiferiert werden, wo ein Handlungsbedarf besteht, und es muss so legiferiert werden, dass der Vollzug funktioniert.

Wir leben in einer immer komplexeren Welt, wir leben auf immer engerem Raum zusammen, wir haben enorme technische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Entwicklungen auf der politischen und gesetzgebenden Ebene nachzuvollziehen.

Ich möchte mit ein paar Stichworten illustrieren, was ich meine. Denken Sie etwa an die beeindruckenden Entwicklungen in der naturwissenschaftlichen Forschung! Die Anwendung neuer Erkenntnisse führt zu unzähligen Verbesserungen in unserem Leben, gleichzeitig aber zu mindestens so zahlreichen Problemen. Es ist phantastisch, wie viel reichhaltiger unser Speisezettel in den letzten Jahrzehnten geworden ist, wie viel einfacher die Zubereitung von Mahlzeiten. Aber, um nur ein Beispiel zu nehmen, wen würde es nicht beschäftigen, was es für seine Gesundheit bedeuten mag, beispielsweise genmanipulierte Nahrungsmittel zu essen. Unbedenklich? Oder ist nicht doch noch Vorsicht angezeigt? Welches sind die Folgen in der Natur? Hier erwarte ich Hilfe von Gesetzgebung und Staat.

Oder führen Sie sich vor Augen, welche ungeahnte Möglichkeiten uns jetzt auf den neuen Computer-Informationshighways offenstehen. Aber wie ist es nun mit unseren Kindern, die diese Mittel natürlich ausprobieren sollen. Ist es richtig, wenn Pornos und Brutalos fortan per Bildschirm direkt in unseren Häusern präsent sind? Einzelne können hier keinen Schutz garantieren. Und welches kommerzielle Unternehmen hätte ein Interesse daran?

Ähnlich steht es mit den Drogen. Sie sind ein Problem, das ich niemals der Freiheit des Marktes überlassen wollte. Wir wissen auch, dass Aufklärung und Prävention allein nichts nützen. Es braucht gesetzliche Vorschriften, um die Menschen vor sich selbst zu schützen.

Etwas weiter darlegen möchte ich meine Gedanken hinsichtlich des sozialen Bereiches. Denn hier ist mit dem Ruf nach Deregulierung allein besonders offenkundig kein Fortschritt zu erzielen. Vielmehr bedarf es im sozialen

Bereich der dauernden Gesetzgebungsarbeit. In der Tat ist diese Erkenntnis denn auch in unserem Land schon immer ernst genommen worden, gerade wenn Sie an die jüngste Zeit denken. Dazu ein paar Stichworte:

- Das neue Krankenversicherungsgesetz wurde im letzten Jahr vom Volk verabschiedet.
- Ich hoffe, dass das Volk an der Abstimmung vom nächsten Wochenende auch die 10. AHV-Revision gutheissen wird.
- Das Arbeitslosengesetz ist in Revision. Die missbräuchliche Inanspruchnahme der Arbeitslosengelder sowohl von seiten der Arbeitnehmer wie auch von seiten der Arbeitgeber muss entschieden bekämpft werden. Ich meine aber auch, dass die Zumutbarkeit der Arbeit weiter definiert werden muss. Der Anreiz, einer Arbeit nachzugehen, muss grösser sein, als Arbeitslosengelder zu beziehen.
- Auf kantonaler Ebene ist auch das Sozialhilfegesetz in Überarbeitung.

Im sozialen Bereich kann Deregulierung kein ernsthaftes Postulat sein, auch wenn die enorme Kostenentwicklung den Ruf nach Deregulierung nährt. Natürlich trifft es zu, dass die Kosten nicht nur im Gesundheitswesen und bei der Arbeitslosenversicherung, sondern im gesamten Sozialbereich in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. In einem letzten Teil meines Referates möchte ich mich diesem Problem der Kostenentwicklungen zuwenden. Worüber wir ja auch immer sprechen, über Staat oder Wirtschaft, immer stellt sich die Frage: Was kostet's?

Zunächst zur Veranschaulichung einige Zahlen, welche die Kostenentwicklung im sozialen Bereich belegen:

Taggeldauszahlungen der SUVA

1985	gut 278 Mio. Franken
1993	rund 452 Mio. Franken

Renten- und Kapitalleistungen der SUVA

1985	rund 230 Mio. Franken
1993	rund 348 Mio. Franken

Aufwendungen des Kantons Aargau für die soziale Wohlfahrt

1985	120 Mio. Franken
1993	223 Mio. Franken

Diese Kostenentwicklung hängt weitgehend mit der momentanen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation zusammen. Einige Stichworte: Neben einer generellen Kostenentwicklung ist auf die Situation am Arbeitsplatz hinzuweisen. Sie ist härter geworden. Es kommt vor, dass Leute, die nicht mehr richtig in den Arbeitsprozess passen, ihre Arbeit verlieren und krank oder invalid geschrieben werden. Hinzu kommen die viel grösser gewordenen Ansprüche an das, was als Standard an Lebensqualität und Gesundheitsversorgung betrachtet wird.

Mit Deregulierung ist das Problem der steigenden Kosten nicht zu lösen. Gegensteuer kann indes gegeben werden, indem man im Sozialbereich die Ausgaben überprüft. Im übrigen kommt die öffentliche Hand nicht umhin, im Sozialbereich und in der Sozialhilfe ein Auffangnetz bereitzustellen; ein Auffangnetz nicht als Hängematte, sondern als Stütze im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe.

Es ist mir bewusst, dass nur eine starke Wirtschaft unseren Wohlstand erhalten, Arbeitsplätze sichern und neue schaffen kann sowie eine Grundlage schafft, um unsere Sozialleistungen zu finanzieren. Die Verantwortung für eine gesunde und konkurrenzfähige Wirtschaft liegt bei den Unternehmen. Umgekehrt gibt es keine starke Wirtschaft ohne gesunde Rahmenbedingungen, wie sie Staat und Gesellschaft schaffen.

Der Staat muss Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen wie Infrastruktur, Ausbildung und Gesetzgebung. Gesunde Staatsfinanzen bilden dabei eine zentrale Rolle. Um seine Aufgaben erfüllen zu können, muss der Staat über eine gesunde finanzielle Basis verfügen. Primär durch Sparanstrengungen müssen die öffentlichen Finanzen saniert werden.

Zu den günstigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gehört aber auch der soziale Friede in unserem Land. Deshalb dürfte es wohl kaum nötig sein, an die soziale Verantwortung der Unternehmer zu appellieren. Auch in

der heutigen harten wirtschaftlichen Zeit sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur Arbeitskräfte, sondern ebenso Menschen mit unbestrittenen Grundbedürfnissen.

Die Schlagwortforderungen «Deregulierung» und «Weg von der Giesskanne!» werden im modernen Unternehmertum aus allen diesen Gründen deshalb kaum unbesehen übernommen werden können.

Kurzvortrag von Dr. Hans-Peter Zehnder, Verwaltungsratspräsident der Zehnder Holding AG, Gränichen

Defizite in Privatunternehmen führen über kurz oder lang zum Untergang, Defizite der öffentlichen Hand sind heute vielerorts nicht einmal mehr Kavaliersdelikte.

Dabei wissen wir alle, dass Staatsdefizite als Standortfaktor die Rahmenbedingungen der Wirtschaft beeinträchtigen. Zudem sind Staatsdefizite Indikatoren, dass es auch bei anderen Standortfaktoren nicht «zum besten bestellt» ist.

Im Staatshaushalt gelten aber offensichtlich andere Regeln als in der Privatwirtschaft. Dies möchte ich mit dem folgenden Zitat einer angesehenen Persönlichkeit belegen:

«Die Diener des Souveräns betrachten dessen Güter als unerschöpflich. Sie kümmern sich nicht um die Kosten ihrer Vorhaben, und sie kümmern sich nicht um daraus erzielbare Einkommen. Es sind die unmittelbaren Bedürfnisse, welche jene, die mit der Staatsverwaltung beschäftigt sind, vor allem interessieren. Die Sanierung des Staatshaushaltes überlassen sie der Sorge der Nachwelt.»

Dieses Zitat stammt nicht aus dem 20. Jahrhundert, sondern aus dem 18.! Autor dieser Zeilen ist Adam Smith, der berühmte englische Nationalökonom und Moralphilosoph. So alt dieses Zitat ist, so wahr ist es leider immer noch. Gerade auch bei uns in der Schweiz!

1989 war unser schweizerischer Staatshaushalt noch ausgeglichen, aber seit 1990 fallen laufend Defizite an: Trotz mehreren Milliarden Mehreinnahmen (sprich Steuern) hat sich unsere Verschuldung von 40 Mia. Fr. auf gegen 80 Mia. Fr. erhöht! Bedenklich ist, dass diese Schulden nicht der Finanzierung von Investitionen, sondern des Konsums dienen!

Was ist die Ursache dieser Defizitwirtschaft? – Diese Defizite sind m.E. nicht nur ein finanzielles Problem, sondern vor allem der Ausfluss einer krassen

Überforderung des Staates: Seit Jahren haben wir dem Staat neue Aufgaben übertragen. Unter Missachtung von bewährten Prinzipien wie Eigenverantwortung und Subsidiarität glauben wir in einem zunehmenden Masse, dass der Staat unsere Probleme lösen könnte. Statt private Verantwortung zu fördern, huldigen wir der Religion der staatlichen Machbarkeit. Statt in die Marktwirtschaft zu vertrauen, werden laufend neue dirigistische Gesetze verabschiedet. Statt Privateigentum zu fördern, schränken wir es ein! Wo immer ein Problem auftaucht, lösen wir es mit einem neuen Gesetz.

Darf ich Ihnen einige Beispiele nennen?

- In der Sozialpolitik ist das wichtigste Instrument die Spritzkanne; unabhängig vom Bedürfnis und ohne Rücksicht auf Kosten und Wettbewerbsfähigkeit wird verteilt. – Beispiel: *Alle* Familien erhalten Kinderzulagen! – Als ob man von vornherein *alle* Familien als Sozialhilfeempfänger betrachten müsste!
- Die Annahme, dass der freie Markt funktionieren könnte, wird in gewissen Bereichen grundsätzlich abgelehnt. Unser Boden- und Mietrecht trägt starke Züge einer sozialistischen Planwirtschaft und verletzt damit die verfassungsmässige Eigentumsgarantie.
- Privateigentum wird aber nicht nur durch das Boden- und Mietrecht eingeschränkt, auch im Steuerbereich sind zahlreiche eigentümerfeindliche Bestimmungen zu finden. Welche Überlegungen stehen zum Beispiel hinter der Besteuerung des Vermögensverkehrs? So kassiert der Staat bei einer Gründung einer Aktiengesellschaft oder bei einer Aktienkapitalerhöhung drei Prozent Emissionsabgaben; diese Abgabe basiert auf keiner Wertschöpfung und wird aus bereits bezahlten Geldern bezahlt! Weitere Beispiele sind Stempel-, Handänderungs-, Erbschafts- und Schenkungssteuern.
- Perfektionismus in der Gesetzgebung und im Vollzug behindert unnötig und unverhältnismässig die Bürger und die Wirtschaft. In der Wirtschaft ist hinlänglich bekannt, dass für die Lösung der letzten 20 Prozent eines Problems 80 Prozent des Gesamtaufwandes eingesetzt werden müssen

(bekannt als Pareto-Prinzip). Diese «80–20»-Regel gilt beim Staat vielfach nicht. Ich denke an die neue Verordnung zur Mehrwertsteuer oder an solche Bewilligungsverfahren, die über mehrere Jahre dauern, also länger als die Entwicklungszeit eines gänzlich neuen Autos!

- Unnötige Gesetze: Ein eindrückliches Beispiel ist das eidgenössische Mitwirkungsgesetz. Dieses Gesetz ist laut dem CVP-Ständerat Carlo Schmid eigentlich nur für ein Prozent der Unternehmen nötig, weil seines Erachtens alle anderen Unternehmen bereits in diesem Sinne handeln. M.a.W.: Für 99 Prozent der Adressaten wurde ein obsoletes Gesetz erlassen!

Soweit einige Beispiele. – Traurig stimmt mich, dass alle diese und weitere Missstände aus der Küche eines sogenannten bürgerlichen Parlamentes und einer ebensolchen Regierung stammen. Liberales und freiheitliches Gedankengut wird von gewissen bürgerlichen Politikern vor allem bei Wahlkampfreden vorgetragen, aber offensichtlich an der Garderobe beim Parlamentseingang abgegeben.

Die Schweizer Wirtschaft steht heute in einem harten Wettbewerb, und zwar in einem viel härteren Wettbewerb, als manche wahrhaben wollen, weil sich konjunkturelle und strukturelle Probleme überlagern. Um zu überleben, muss die Wirtschaft vor allem selber eigene Lösungen hervorbringen. Vom Staat erwarten wir aber Rahmenbedingungen, die uns im Vergleich zu unseren Konkurrenten aus anderen Staaten nicht benachteiligen, sondern begünstigen! Der Massstab ist – auch hier – nicht der Durchschnitt, sondern der Beste! Die Schweiz hat das Goldtrikot in diesem Rennen bereits seit einiger Zeit abgegeben, leider haben es viele in unserem Land nicht bemerkt.

Was erwarte ich als Unternehmer von den Politikern? An die Adresse der hier anwesenden Kandidaten habe ich persönlich zwei primäre Anliegen:

1. Setzen Sie sich *konsequent* ein für einen schlanken und damit gesunden Staat, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt. Schaffen Sie alle Aufgaben, die der Staat nicht zwingend erfüllen muss, ab bzw. übertragen Sie solche Aufgaben den Privaten. – Ein guter Politiker ist einer, der

sich nicht mit neuen Gesetzesvorstössen, sondern mit Abschaffen von unnötigen und überalterten Gesetzen profiliert.

2. Setzen Sie sich *konsequent* ein für echtes Sparen. Echtes Sparen heisst weniger austeilen und mehr einteilen.

Wenn alle Parlamentarier diesen beiden Anliegen folgen, so hoffe ich, dass das Parlament – statt Sondersessionen und Überstunden einzuschalten – seine Arbeitszeit verkürzen könnte. Der Parlamentsbetrieb wäre dann der einzige Betrieb, wo m.E. eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich vertretbar wäre.

Ich weiss, diese beiden Anliegen brauchen die Kraft, «nein» zu sagen. Dies ist zwar unpopulär, aber wenn ein «Nein» sachlich gerechtfertigt ist, ist es eine Frage der Ehrlichkeit, für ein «Nein» auch einzustehen.

Ich möchte allen Kandidaten zum Schluss einen Gedanken von Margaret Thatcher mitgeben. Sie sagte einst: «Es ist nicht Sache des Politikers, allen zu gefallen.» – Denken Sie auch nach der Wahl an diesen Satz.

Kurzvortrag von Dr. Daniel Heller, Grossrat (FDP), Aarau

Leistung kommt vor Umverteilung!

Wir müssen uns heute Rechenschaft darüber ablegen, mit welcher Politik und mit welchem politischen Instrumentarium die Schweiz ins dritte Jahrtausend eintreten will. Die «Erfolge» und Folgen der Politik der letzten vier Jahre sehen aus liberaler Sicht lamentabel aus. Es fällt schwer, nicht von Misswirtschaft zu sprechen – einige Stichworte dazu:

- *die Defizite in Bund, Kantonen und Gemeinden erreichten 1994 die Rekordsumme von 16 Milliarden Franken*
- *nach wie vor wird für alles und jedes der Staat zuständig gemacht*
- *die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland hält an*
- *die Schweizer Firmen geben seit zwei Jahren mehr Geld für Forschung im Ausland aus als im Inland*
- *Gesetze und Regulierungen nehmen weiterhin exponentiell zu*
- *der Ausbau des Sozialstaates läuft ungebremst weiter (1990–1993: Ausgabensteigerung des Bundes für Soziales + 65%)*

1995 werden die politischen Weichen auf dem Weg ins dritte Jahrtausend gestellt. Wir haben dafür zu sorgen, dass diese **Weichen richtig gestellt werden. Aus meiner Sicht haben dabei vorrangig ordnungspolitische Postulate und Grundsätze zu gelten.** Unsere **liberale Schweiz** ist die bürgerfreundlichste und zukunftsgerichtetste Form einer staatlichen Gemeinschaft. Milizprinzip (Was kann ich für den Staat tun? statt: Was kann der Staat für mich tun?), direkte Demokratie, freie Marktwirtschaft und Föderalismus sind die tragenden Säulen unseres liberalen Staatswesens. Auf diesen Fundamenten stehen wir; an ihnen kann und muss aber **heute weiter gebaut werden.**

Die Schweiz und ihre Staatsform sind teilweise reformbedürftig

Wir können nicht mit den Instrumentarien des 19. Jahrhunderts die Prob-

leme des nächsten Jahrtausends lösen. Ein Reformbereich ist die direkte Demokratie. Bei ihr muss das Motto lauten: «**Weg von der Quantität – zurück zur Qualität.**» Ich erachte Massnahmen im Bereich Initiative und Referendum für dringend. Seit 1891 hat sich die Zahl der Stimmberechtigten versiebenfacht, die Zahl der organisierten Interessen hat sich verzehnfacht, die Möglichkeiten, Unterschriften zu sammeln, haben sich dank moderner Kommunikation ebenfalls potenziert – die Unterschriftenzahl hingegen wurde nur verdoppelt (1977). Heute kann bald jeder Kaninchen- oder Taubenzüchterverein eine Initiative lancieren. Im Moment sind 45 Initiativen und 27 Referenden hängig – keine einzige von Freisinnigen lanciert. Seit etwa 20 Jahren sind es zunehmend kleine und kleinste Interessengruppen – Anti-KKW-Gruppen, Anti-Tierversuchs-Gruppen, Anti-Fortschritts-Gruppen, Anti-Gen-Gruppen, Anti-Armee-Gruppen, einzelne Branchen und viele andere mehr –, die Initiativen und Referenden am laufenden Band produzieren. Missbräuche wie Rückwirkungsklauseln, immer wieder gleiche Fragestellungen und anderes mehr haben zu einer Dominierung und Blockierung der politischen Agenda durch Minderheiten und Aktivisten geführt. Der Abstimmungskalender ist überladen, der politische Apparat zunehmend überfordert und der Stimmbürger schlecht informiert. Fehlentscheide und politische Immobilität sind die Folgen. Das hat nicht mehr viel mit der direkten Demokratie zu tun, welche die Gründerväter 1874 und 1891 meinten.

Keine neuen Steuern – weniger Aufgaben für den Staat

Der Staat und seine Finanzen sind ohne Erhöhung der Fiskalquote ins Gleichgewicht zu bringen. Die Staatsfinanzen haben sich nach den Einnahmen auszurichten und nicht nach den **Ausgaben**. Nur harte **Disziplin** von Regierung und Parlamenten, **Entlastung des Staates von Aufgaben** und **Reformen in der Verwaltung** zwingen den Staat zum effizienteren Einsatz seiner Mittel, können die enormen Defizite von Bund und Kantonen vermindern und das Staatswachstum stoppen. Ein schlanker und effizienter Staat braucht sich keine neuen Einnahmequellen zu verschaffen. Die vielfach vorgesehenen neuen Steuern und Abgaben hemmen den Wirtschaftsaufschwung, fördern die Ausgabenfreudigkeit der Politiker und steigern die Staatsquote weiter. Abzuwehren sind deshalb folgende Versuche, den Staat mit Mehreinnahmen zu sanieren:

Verteuerung der Mobilität

- Bestrebungen zur Überwälzung **externer Kosten im Verkehr** – bezeichnenderweise nur im Strassenverkehr –, um den maroden Staatsbetrieb SBB zu sanieren!
- Systematische Verteuerung der **Treibstoffzölle** (1993: + 20 Rp./1995 vom Bundesrat beantragt + 10 Rp. für NEAT).
- Einführung einer überrissenen **leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe** (ca. 45 Rp. pro Kilometer und LKW, gemäss Vernehmlassung des EVED).
- Verdrängung des Strassenverkehrs auf die Schiene durch hohe **Alptransit-Gebühren** (Umsetzung Alpeninitiative).

Verteuerung der Energie

- Bestrebungen zur **Verteuerung der Energie**. Eine Studie des Bundesamtes für Energiewirtschaft schlägt zur Deckung sog. «externer Kosten» der Energieproduktion eine Verteuerung der Energie um total 30–60 %. (Heizöl extraleicht + 140–220 %; Erdgas + 70–100 %; Holz + 25–50 %; Elektrizität + 5–11 %) vor.
- CO₂-Reduktionsgesetz mit einer **emissionsabhängigen CO₂-Lenkungsabgabe** auf fossile Energieträger bis ins Jahr 2000.
- **Umwelt-Energie-Initiative**: verlangt die massive Besteuerung aller nicht erneuerbaren Energieträger und der Elektrizität.
- **Solarinitiative**: verlangt die Förderung der in der Schweiz unergiebigem Solarenergie durch Milliardenbeiträge, die durch eine neue, indizierte Abgabe von 0,5 Rp./kWh auf den nicht erneuerbaren Energien zustande kommen.

Schon nur die Umsetzung einzelner dieser Vorhaben bedeutet für die schweizerische Wirtschaft eine weitere nicht akzeptable Verschlechterung der Rahmenbedingungen und hat weitere Strukturbereinigungen zur Folge (= Verlagerung von weiteren Arbeitsplätzen ins Ausland).

Die Bildung ist einer der Motoren des menschlichen Fortschrittes

Unser Bildungssystem hat einen klaren **Leistungsauftrag**: Die Schulen haben die Lebenstüchtigkeit unserer künftigen Generation sicherzustellen. Dies in einer Welt mit hartem Wettbewerb. Fundiertes Wissen und Können, Persönlichkeitsbildung, Lernfähigkeit und Leistungsbereitschaft müssen im Zentrum der Bemühungen unserer Schulen stehen. Jeder hat das Recht auf eine Bildung, die seinen Eignungen und Neigungen entspricht. **Gymnasium und Universität für alle** lehnen wir ab – wir haben **heute schon zu viele schlechte Studenten und zu wenig gute Lehrlinge**. Nivellierung nach unten und Gleichmacherei sind zu bekämpfen. **Eine eigene Fachhochschule im Bereich Wirtschaft und Technik (HTL/HWV) muss für den grössten Nicht-Hochschulkanton, den Industriekanton zudem, ein bildungspolitisches Postulat ersten Ranges sein.**

Wenn der Staat Arbeitsplätze bereitstellt, kostet das Steuergeld. Wenn die Wirtschaft Arbeitsplätze schafft, bringt das Steuergeld.

Der Staat und seine Bürokratie ist im Sinne des New Public Managements zu reformieren. Durch flexible **Personalstrukturen, mit Hilfe von Globalbudgets und Leistungsaufträgen sowie mittels Auslagerung (Privatisierung)** von privatwirtschaftlich erfüllbaren Aufgaben (Kantonalbanken, Staatsdruckereien, Strassenunterhalt, Motorfahrzeugkontrolle, Elektrizitätsproduktion, Abfallentsorgung, Lehrmittelverlage, Gebäudeversicherungsanstalten, Reinigungsdienste, etc., etc.) ist der uneffiziente und nicht mehr bezahlbare Verwaltungsapparat bürgerfreundlicher, unternehmerischer und effizienter zu gestalten. Der Staat hat weiter günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu setzen: tiefe Steuerbelastung, wenig Auflagen und Vorschriften sowie kurze Verfahrenswege. Neue Lohnprozente, neue Steuern und Abgaben sowie Tausende von Seiten neuer Vorschriften jedes Jahr sind Gift für das Wirtschaftswachstum. **Die Wirtschaft braucht Freiräume**, dann wird sie sich erholen und neue Arbeitsplätze bereitstellen können. Trotz Steigerungsraten von + 65 % der Bundesausgaben im Bereich «Soziales» in nur 3 Jahren liegen heute für praktisch alle Zweige der Sozialversicherung zum Teil massive Ausbaubegehren vor:

- **11. AHV-Revision** (Forderungen: Erhöhung der Minimalrente, Einheitsrente, Ruhestandsrente). Dabei müsste sich diese Revision darauf beschränken, die künftige Finanzierung der AHV sicherzustellen (Defizit nach Berechnungen Bund: 2010 = 20 Mia. Franken).
- Verschiedene **Volksinitiativen** zur Rückgängigmachung der Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen der 10. AHV-Revision (Forderungen: u.a. Ruhestandsrente).
- **1. BVG-Revision** (Forderung: Teuerungsausgleich auf Altersrenten; = 4 Mia. Franken jährlich, kostet uns 2 Lohnprozente).
- **Ausweitung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung** (Forderung: weitere Verlängerung der Bezugsdauer).

Zusätzlich wird die Schaffung **neuer Versicherungszweige** verlangt:

- **Grundeinkommen für jedermann:** Recht auf Existenzsicherung, garantiertes Mindesteinkommen, Minimallohn, Ergänzungseinkommen. Diese verschiedenen Vorstösse für die Schaffung einer eidg. Sozialhilfe werden von der zuständigen Nationalratskommission behandelt.
- **Mutterschaftsversicherung** (Vernehmlassungsverfahren abgeschlossen, kostet uns 0,5 Lohnprozente).
- **Bundesregelung für Leistungen an die Familie** (Vereinheitlichung der kantonalen Familienzulagenregelungen auf dem höchsten Niveau, d.h. mindestens Fr. 200.– pro Kind und Monat – in Vernehmlassung).
- Ratifizierung der **Europäischen Sozialcharta** (Forderung: steter Weiterausbau des sozialen Sicherungssystems).

Über die Finanzierung der Mehrkosten macht man sich in Bern offenbar kaum Sorgen. Es werden munter **weitere Lohnprozente** gefordert oder in Kauf genommen. **Wir brauchen deshalb ein Moratorium und Umdenken im Sozialwesen.** Die Sozialpolitik muss auf die wirklich Bedürftigen beschränkt werden. Bloss Wünschbares ist vom Notwendigen zu trennen – die AHV muss finanziell gesichert und nicht weiter ausgebaut werden. Ihre Finanzierung kann langfristig nur durch Einführung des gleichen hohen Rentenalters (min. 65 Jahre) gesichert werden. Nur eine gutgehende Wirtschaft und gesunde Staatsfinanzen sind längerfristig Garant für gesicherte Sozialwerke.

Das sind einige ausgewählte Hauptschwergewichte, wie ich sie für die Politik der nächsten Jahre sehe. **Der Freisinn und das Unternehmertum haben es in den «7 fetten Jahren», als es der Wirtschaft und allen gut ging, vielfach verpasst, nachhaltig auf die Politik Einfluss zu nehmen. Allzuoft war der Kompromiss Ausgangspunkt statt Ziel unserer Politik. Dementsprechend schlecht steht es im Moment um freisinnige Positionen und um die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Wir müssen um unsere Ideale wieder *kämpfen* lernen und das liberale, ordnungspolitische Modell weiterentwickeln. Der Kompromiss steht am *Ende* der Debatte, nicht am Anfang.**

Kurzvortrag von Michael Pieper, Vorsitzender der Konzernleitung der Franke Holding AG, Aargau

Ich freue mich, hier als Vertreter von Franke sprechen zu können. Franke ist ein international tätiges Unternehmen, dessen Hauptsitz im Aargau liegt und welches sich nach wie vor mit diesem Kanton verbunden fühlt. Die Verbundenheit zum Aargau und zur Schweiz hat aber nur solange eine Berechtigung, wie eine erfolgreiche Tätigkeit unseres Unternehmens von den Rahmenbedingungen dieses Standortes unterstützt und nicht behindert wird.

In diesem Zusammenhang haben auch wir grosse Erwartungen und Forderungen an die Politik und damit an Sie, die ich Ihnen heute etwas näherbringen möchte.

1. Ausgangslage

1.1 Der Begriff Unternehmer

Der Titel des Referates lautet «Was erwarten Unternehmer von Politikern?». Bevor eine Antwort zu dieser Frage möglich ist, möchte ich zuerst definieren, was ich unter einem *Unternehmer* verstehe. Ein Unternehmer ist jemand, der etwas unternimmt. Er ist eine Person, die voll verantwortlich sein Unternehmen sowohl in guten als auch in schlechten Zeiten sicher führt und es mit allen seinen persönlichen und materiellen Mitteln weiter zu entwickeln sucht, zum Wohle seiner Kunden, seiner Kapitalgeber und seiner Mitarbeiter.

Ein sozialer Unternehmer ist derjenige Unternehmer, der substantiellen Profit erzeugt:

- um für die Zukunft in Märkte, Kunden, Produkte und Mitarbeiter zu investieren
- um sich nicht zu verschulden
- um sich Freiheit zu bewahren, um zu agieren und zu reagieren, um in der Lage zu sein, jederzeit die Löhne und die sozialen Kosten zu bezahlen

Lassen Sie mich an dieser Stelle Churchill zitieren:

«Ein Unternehmer ist nicht ein rüddiger Wolf, den es totzuschlagen gilt, er ist auch nicht eine Kuh, die man ununterbrochen melken kann, sondern er ist ein Pferd, das den Karren zieht.»

1.2 Änderndes Umfeld

Franke ist ein Unternehmen mit Ursprung im Kanton Aargau. Aus dem handwerklich ausgerichteten Spenglereibetrieb entstand über die Jahrzehnte ein ansehnlicher Firmenverbund, der heute international in drei globalen Sparten tätig ist, welche weltweit entwickeln, produzieren und vermarkten. Dementsprechend sind wir einem globalen Preis-, Qualitäts-, Termin- und Logistikvergleich ausgesetzt. Unsere Schlüsselkunden sind internationale Grosskonzerne, wie in der Sparte Küchentechnik Ikea oder Wolseley, in der Sparte Vertragsgeschäfte McDonald's oder in der Sparte Getränke-technik Coca-Cola resp. Grossbrauereien wie Heineken und Budweiser. Diese kaufen bei uns nicht wegen des schönen Aargau oder der schönen Schweiz, sondern nur, weil wir ihnen weltweit das richtige Produkt oder die richtige Dienstleistung zum richtigen Preis mit der richtigen Qualität und zur richtigen Zeit offerieren und liefern können. Nicht nur unsere Kunden sind heute international, sondern auch unsere Konkurrenten. Diese Entwicklung, die sich in den letzten Jahren verstärkt abspielte, hat zu einer schockartigen Intensivierung der Konkurrenzsituation geführt und damit weltweit eine brutale Restrukturierungswelle ausgelöst.

Die Weltwirtschaft ist in ständigem, immer schnellerem Wandel. Die Schweiz als Standort ist dieser dynamischen Entwicklung in vielen Bereichen nicht gefolgt. Sie verliert zunehmend an Konkurrenzfähigkeit. Die Folge ist das Abwandern gewisser Wirtschaftszweige. Der Zustand der schweizerischen Wirtschaft, speziell der Industrie, ist schlechter, als das viele Bürger wahrhaben wollen. Ohne energische Gegenmassnahmen, die die Attraktivität unseres Standortes erhöhen, wird sich dieser Trend weiter verschärfen. Firmen werden weitere Tätigkeiten auslagern, Liquidationen und Konkurse werden steigen mit der Folge immer grösserer, nicht nur materieller Verarmung. Meiner Ansicht nach ist es zudem ein Irrglaube, dass Industriearbeitsplätze langfristig durch Dienstleistungsarbeitsplätze ersetzt

werden können. Ohne die Industrie verlieren die Dienstleister den Boden unter den Füßen.

Unternehmer, so wie ich sie definiere, sind durch die Komplexität ihrer Aufgabe und durch den dadurch resultierenden Zeitaufwand kaum in der Lage, sich gleichzeitig auch noch als Politiker zu betätigen. Dazu fehlt die Zeit und die Energie. Wir sind deshalb dringend auf engagierte, professionelle Politiker angewiesen, die über ein fundiertes Wirtschaftswissen sowie die nötige Erfahrung verfügen, unsere Anliegen verstehen, vertreten und durchsetzen zu können. Wir brauchen Politiker, die rasch und konsequent tun, was erfolgreiche Unternehmen auch tun, nämlich auf ihre Kunden einzugehen und deren Wünsche aufs höchste zu befriedigen. Das heisst, dass Bedingungen und Verhältnisse geschaffen werden, die es der Schweiz, dem Aargau ermöglichen, wieder erfolgreich und kompetitiv zu werden, was wir heute nur noch teilweise sind. Es gilt zudem, mit neuer Dynamik und Optimismus das schweizerische Syndrom der Bequemlichkeit, Eigengefälligkeit, Überheblichkeit, ja bisweilen Dekadenz zu überwinden und anstatt ewig alles in Frage zu stellen durch direkte Kommunikation Innovationen in sämtlichen Bereichen zu erreichen und zu fördern. Unternehmertum muss gefördert und nicht behindert werden. Vorurteile, dass Kapital und Gewinne etwas Suspektes, ja Verwerfliches sind, müssen abgebaut werden.

2. Erwartungen an Politik und Staat

Im folgenden möchte ich Ihnen zu einzelnen Stichwörtern Anregungen und Ansätze geben, die bei entsprechender Berücksichtigung die Attraktivität des Industriestandortes Schweiz aus meiner Sicht erheblich erhöhen würden. Es sind nur einige Beispiele aus vielen, die aber sehr deutlich machen, in welche Richtung sich die Wirtschaftspolitik in unserem Lande wenden muss.

2.1 Steuern (Schweiz ist heute nicht mehr attraktiv)

- Abschaffen der Mehrfachbesteuerung
- Anpassen der Gesamtsteuerbelastung an Steuersituation in Konkurrenzländern

- Aufheben des Missverhältnisses von direkten zu indirekten Steuern
- Abschaffen der Kapitalbesteuerung
- Abschaffung der Verrechnungssteuer
- Abschaffung von Stempelsteuer und Emissionsabgaben
- Einführen von Incentives und Steuerbegünstigungen für jene, die durch ihr erfolgreiches unternehmerisches Handeln zum langfristigen Wohle der Schweiz beitragen

2.2 *Arbeitsgesetzgebung*

- Kappen der staatlichen Fesseln durch Einführung der freien Nacht- und Sonntagsarbeit
- Gewähren der Möglichkeit zur völligen Flexibilisierung der Arbeitszeiten
- Massive Reduktion der Sozialkosten/-abgaben

2.3 *Umweltgesetzgebung*

- Rasche und konsistente Durchführung und Behandlung von Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Marktkonforme Umweltgesetze

2.4 *Baubewilligungen*

- Vermehrte Berücksichtigung der tatsächlichen Bedürfnisse der Unternehmen
- Vereinfachung der administrativen Abläufe

2.5 *Nationalbankpolitik*

- Einflussnahme auf destruktive Nationalbankpolitik (jetzige Politik hat katastrophale Folgen). Durch den ständig steigenden Schweizerfranken wird unsere Export-Industrie demontiert mit der Folge einer sich mittelfristig stark verschlechternden Beschäftigungslage in unserem Land. Das Resultat der «Stabilitätspolitik» ist niederschmetternd. In keinem anderen Land Europas ist in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit relativ wie auch absolut so stark gestiegen wie in der Schweiz. Die Zahl der Konkurse steigt und steigt zu immer neuen Rekorden, und unsere Exportindustrie wird langsam erdrosselt.

2.6 Staatshaushalt

- Sofortige Bereinigung des verwilderten Staatshaushaltes (Bund, Kantone und Gemeinden) durch:
 - Privatisierung oder Schliessung maroder Staatsbetriebe (SBB)
Stoppen der freier Marktwirtschaft zuwiderlaufenden Subventionspolitik (Landwirtschaft)
 - Reduktion der langfristig unrealistischen, da nicht finanzierbaren Sozialleistungen

2.7 Märkte

- Verwirklichung des Binnenmarktes Schweiz
- Konsequentes Durchsetzen des Kartellgesetzes (Versicherungen!)
- Aktive Öffnung nach Europa mit dem Ziel eines baldigen EU-Beitrittes (Nicht die Schweiz ist unser Heimmarkt, sondern Europa)
- Liberalisierung und Privatisierung der Teilmärkte mit dem Erfolg besserer Konkurrenzierung, realistischer Preise und damit langfristig überlebensfähiger Unternehmen
 - Bahn
 - Post
 - Telekommunikation
 - Stromerzeugung und -verteilung
 - Wasserwirtschaft
 - Kantonalkassen
 - Versicherungen

2.8 Ausbildung (heute nur noch durchschnittlich)

Garantieren des Know-how und Technologie-Standortes Schweiz durch Förderung von ausserordentlichen Fähigkeiten in Elite-Schulen, Austauschprogramme mit ausländischen Universitäten, gemeinsame Forschungsprojekte mit ausländischen Forschungsinstitutionen. Nicht nur Grundlagenforschung fördern, sondern vermehrte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen zu Gunsten der Wirtschaft anstreben (Hochschulforschung nicht nur als Selbstzweck, sondern als Ergänzung zu Forschungsbestrebungen von Industrie und Wirtschaft).

2.9 Administration

- Vereinfachen sämtlicher Organisationen und Abläufe zur massiven Verkürzung von Reaktionszeiten
- Einführen der Erfolgslöhnung und «normaler Arbeitsverträge» (nicht mehr auf Lebzeiten gewählt)

Abschliessend möchte ich folgendes sagen:

Lassen wir der Schweizer/Aargauer Industrie die wenigen verbliebenen Vorteile und bauen diese aus, und nehmen wir ihr dafür die zahlreichen Nachteile weg! Lassen wir uns über das Schlechte sprechen, ohne die Schweiz schlechtmachen, sondern mit dem Ziel, sie rasch und nachhaltig zu verbessern.

Kurzvortrag von Ulrich Giezendanner, Nationalrat (FPS), Rothrist

Nach den kommenden Wahlen im Herbst 1995 wird alles besser! Wenn ich die Vorträge meiner Vorredner gehört habe, müsste ich glauben, dass in der kommenden Legislaturperiode wirklich wirtschaftsfreundlich politisiert wird.

Kann es sein, dass mir durch den Besuch des Kurses der «Letsch Stiftung» (Einführung in die Kommunalpolitik) vor einigen Jahren schon die Augen geöffnet wurden?

Mein Vorredner, Herr M. Pieper von der Franke AG in Aarburg, hat sehr kritisch über die Politiker gesprochen. «Herr Pieper, Sie sind ein Schwarzmalter, Sie müssen das ganzheitlich und vernetzt betrachten. So kann man doch nicht sein!» Ja, meine Damen und Herren, ich fühlte mich während der Rede sehr wohl, Herr Pieper hat die Realität erkannt. Wenn ich von Schwarzmalter oder ganzheitlichem oder vernetztem Denken spreche, dann sind das nicht meine Worte, nein, so würde es nach der Rede von Herrn Pieper im Parlament in Bern tönen.

Das «Lotterparlament» in Bern ist zu keinen wirtschafts- oder bürgerfreundlichen Entscheidungen mehr fähig. Ein Parlament, das mehrheitlich bürgerlich ist, schafft neue Gesetze, neue Steuern und Abgaben oder andere Erschwernisse werden beschlossen. Wie ist das bloss möglich bei einer bürgerlichen Mehrheit?

Die vielgepriesene bürgerliche Mehrheit gibt es schlicht und einfach nicht! Eine harte Behauptung oder ist es gar Polemik eines Politikers der Freiheitspartei?

Ich behaupte ganz klar, dass die grosse Mehrheit der CVP zur Ratslinken gehört. Von der FDP zählen mindestens drei Viertel zu den Netten oder, klarer gesagt, zu den Linksliberalen! Von der SVP dürfte sich etwa ein Viertel der Fraktion in der SP heimisch fühlen!

Darf ich Ihnen ein paar Beispiele nennen:

Der Europäischen Sozialcharta haben z.B. die bekannte Nationalrätin und neue Verwaltungsrätin der SANDOZ AG, Frau Lili Nabholz (FDP), der zukünftige Regierungsrat C. Wanner (FDP Solothurn) und der Bieler Anwalt Marc Suter zugestimmt. Bravo FDP, kann ich da nur sagen. Diese drei Personen sind übrigens das beste Beispiel für rote Wölfe im bürgerlichen Schafpelz. Ich bin überzeugt, dass sie mehr mit der SP stimmen als mit dem Wirtschaftsfreisinn.

Oder die CVP, was sie alles anstellt, sich aber in den Medien immer noch als bürgerliche Partei anpreist. Denken wir doch einmal an das Arbeitszeitgesetz. Obwohl alle Parlamentarier vor einer weiteren Verteuerung des Werkplatzes Schweiz gewarnt wurden, hat doch die CVP munter dem neuen Arbeitszeitgesetz zugestimmt. Als Argument hörte man, dass man halt der FDP «eins auswischen wollte».

Und in der SVP, ein Teil des Berner Flügels (z.B. der Euroeuphoriker A. Rychen) verkauft sich als echter bürgerlicher Wert, das Abstimmungsverhalten beweist aber das Gegenteil. Und wie politisiert die neue Nationalrätin aus dem Bündnerland, Frau Gadiant. Obwohl sie sehr sympathisch ist, schlägt ihr Herz offenbar für die Sozialdemokraten. So nennt man sie und ihren Sitznachbarn, Herrn Rutishauser (SVP TG), «das rote Traumpaar». Warum wohl?

Als Spitzenreiter des Linksliberalismus oder des Sozialismus unter bürgerlichem Deckmantel hat sich der Direktor des Gewerbeverbandes Basel, Herr Dr. C. Eymann, profiliert. Er meint, dies sei halt fortschrittlich!

Ich weiss, viele Leute hören es nicht gerne, wenn ich Namen von Politgrößen nenne, trotzdem gebe ich noch ein weiteres Beispiel. Erinnern Sie sich an die Alpeninitiative? Ganz Europa hat sich empört, der Schaden ist noch immer nicht abzusehen. Wer kämpfte aber an vorderster Front für die Annahme dieser planwirtschaftlichen Verkehrslenkung? Es war der Präsident der Freisinnigen Partei (FDP), Herr Steinegger. Urteilen Sie selbst.

Natürlich gib es auch positive Beispiele von bürgerlichen Politikern in sogenannten bürgerlichen Parteien. Gerne nenne ich Namen wie z.B. einen Herrn Luzi Stamm oder einen Herrn Christian Miesch aus dem Kanton Basel Landschaft. Letzterer wurde aber wegen seiner bürgerlichen Gesinnung mit Stasi-ähnlichen Methoden von der FDP-Nationalratsliste verbannt.

Geschätzte Zuhörer, ich rufe Sie auf, beim folgenden Apéro die Kandidaten zu fragen, wie sie sich z.B. in Sachen Mutterschaftsversicherung verhalten. Sie werden staunen.

Man darf sich auch ruhig fragen, wie bürgerlich eigentlich unser Bundesrat ist. Weshalb wohl durften die Pilatuswerke unlängst wieder einmal keine Flugzeuge ins Ausland verkaufen?

Haben Sie schon den Vorschlag des Bundesrates über die neue, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe gesehen?

Kennen Sie die Vorstellung über die neue Abgabe über den alpenquerenden Verkehr? Unser Parlament empört sich zur Zeit über die Höhe dieser Abgaben. Die Empörung wird aber nur an Vorträgen oder vor Journalisten gespielt. Bei der Abstimmung im Parlament erinnern sich dann nur noch wenige Politiker an den gefährdeten Werkplatz Schweiz.

Bei unserer Landesregierung weiss man schon lange nicht mehr, woher das Geld eigentlich kommt. Den Ton geben Frau Dreifuss und Herr Stich an, und der freundliche Rest verwaltet und jammert wegen Arbeitsüberlastung. Staatssekretäre müssen her, der EU muss beigetreten werden, der Nato sollte unbedingt und der UNO sofort beigetreten werden, warum wohl? Ich behaupte ganz öffentlich, dass die sogenannten bürgerlichen Landesväter schon lange eingesehen haben, dass sie der Planwirtschaft hoffnungslos verfallen sind und keinen Ausweg mehr sehen. Was liegt da also näher, als sich hinter supranationalen Vereinigungen zu verstecken, um sich so vor der Verantwortung der vielen Fehlentscheide zu drücken.

Meine Damen und Herren, mit dem Risiko, mich als Schwarzmaler oder als Pessimist abstempeln zu lassen, behaupte ich, dass sich unser Land im freien Fall befindet. Das schwache Parlament und die Verlogenheit der

«Zwei Versuchungen sind es, denen manche anfänglich als Wirtschaftsvertreter angepriesene Parlamentarier häufig nicht widerstehen können und die deren Glaubwürdigkeit, damit aber auch das Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft an sich, aufs Spiel setzen. Zum einen ist es die Versuchung, spezifische Interessen des eigenen oder eines nahestehenden Unternehmens, vielleicht auch einer (seiner) Branche oder Region, in den Vordergrund zu stellen und diesen die Leitideen der sozialen Marktwirtschaft zu opfern. Wer als Unternehmer schon bei jedem Windstoss, geschweige denn bei Sturmböen, sofort nach der rettenden Hand des Staates ruft, und sei es auch bloss, dass er die Hand nach (Forschungs-) Subventionen ausstreckt, ist kein verantwortungsbewusster Unternehmer. Er erkennt, dass im selben wirtschaftlichen und politischen Umfeld (selbst wenn dieses hart ist) der eine sich behauptet, der andere verzagt und versagt, je nachdem, ob er Unternehmer ist oder sich nur als solcher ausgibt. Zum anderen – und noch schlimmer – wirkt sich der Drang aus, sich in Bern einen Namen zu machen, zu Amt und Würden zu gelangen, beliebt zu sein, sich als Hansdampf in allen Gassen profilieren zu wollen, der Faszination des Bundeshauses zu erliegen und so zum Schrittmacher des Berufsparlaments zu werden. Solche Politiker machen eine Metamorphose durch. Sie verwandeln sich vom Unternehmer (oder generell von einem freiheitlich orientierten Parlamentarier), der ursprünglich die Übernahme eines politischen Mandates als Dienstant zwecks Verfechtung legitimer Anliegen empfand, zum politischen Führer. Als solcher vertreten sie nicht mehr freiheitliche Positionen. Sie gewinnen Freude an der Macht, basteln selber Kompromisse, und werden so zu einem anderen, als sie einmal waren.

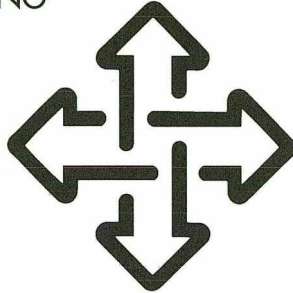
Natürlich braucht es auch solche Politiker, genauso, wie es Demokratie ohne Kompromisse nicht gibt. Was wir aber zur Durchsetzung der Leitideen der sozialen Marktwirtschaft benötigen, sind Kämpfer, die frontverbunden bleiben, hart arbeiten, mit Fakten fechten, und ihre Erfahrung aus dem wirtschaftlichen Alltag einbringen, sich weder ihrer Herkunft noch ihrer wirtschaftlichen und politischen Grundhaltung schämen, ihre Kräfte auf Wesentliches konzentrieren, Leerläufe meiden, kurz und auch hier: glaubwürdig wirken.»

Zum Abschluss der Veranstaltung möchte ich meinem Bedauern Ausdruck geben, dass nur wenige der eingeladenen Kandidaten anwesend sind. Wir

haben sämtliche Kandidaten der vier bürgerlichen Parteien eingeladen. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass man sich nicht einmal im Wahlkampf von Leuten, die etwas zu sagen haben, etwas sagen lassen will. Vielleicht fehlt auch die Bereitschaft, sich mit klaren Äusserungen zu exponieren.

Ich wünsche uns Wählern die Weitsicht, die richtigen Politiker nach Bern zu schicken, und den Politikern Mut, Kraft und Überzeugung, sich nach den Grundsätzen von Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft einzusetzen.

AARGAUISCHE STIFTUNG



FÜR FREIHEIT
UND VERANTWORTUNG
IN POLITIK
UND WIRTSCHAFT

Stiftungszweck

Die Stiftung bezweckt, die Grundsätze von Freiheit und Verantwortung im politischen und wirtschaftlichen Alltag durchzusetzen und insbesondere die jüngere Generation im Kanton anzusprechen und zu fördern. Die Stiftung ist einer positiven, von Zuversicht geprägten Grundhaltung verpflichtet.

Zur Erreichung des Zwecks führt die Stiftung Veranstaltungen durch, nimmt zu politischen und wirtschaftlichen Fragen Stellung und zeichnet beispielhaftes Wirken aus. Das Schwergewicht liegt auf praktischen Problemen bzw. Lösungsansätzen, die durch Sachkompetenz einerseits und eine dem Stiftungszweck entsprechende Grundhaltung andererseits geprägt sind.

Sekretariat der Stiftung: Zurlindeninsel 1, Postfach 3030, 5001 Aarau

